

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

**Medienmitteilung**
**Finanzkommission lehnt Globalbudget ab**

**Solothurn, 14. August 2014 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat das Globalbudget "Fachhochschulbildung" und die Erhöhung der Personalsteuer abgelehnt. Zugestimmt hat sie dem Wirtschafts- und Arbeitsgesetz.**

Die Globalbudgetvorlage der Fachhochschulbildung für die Jahre 2015 bis 2017 stiess auf Widerstand. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte die FIKO vom Regierungsrat verlangt, den Kostenanteil des Kantons Solothurn für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNWS) stabil zu halten. Ausserdem wurde mit dem Massnahmenplan eine Sparmassnahme zur Dämpfung der Kosten an der FHNWS beschlossen. Die FIKO ist enttäuscht, dass das Globalbudget trotz ihrer Vorgaben in den nächsten Jahren wieder ansteigen soll und zwar von 105,84 Mio. für drei Jahre auf neu rund 114,52 Mio. Franken in den Jahren 2015 bis 2017. Sie hat deshalb die Vorlage abgelehnt. Sollte der Kantonsrat an seiner Session dem Antrag der FIKO folgen und das Geschäft ebenfalls ablehnen, muss der Kanton Solothurn mit den andern Trägerkantonen (AG, BL, BS) neue Verhandlungen führen. Damit die FHNWS trotzdem handlungsfähig bliebe, würde der Verpflichtungskredit für das Jahr 2015 auf dem Stand des Vorjahres festgeschrieben.

Ebenfalls mehrheitlich abgelehnt hat die FIKO die Erhöhung der Personalsteuer von 20 auf 50 Franken. Sowohl die SP wie auch die SVP haben das Geschäft abgelehnt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Während die SP

die Erhöhung um 150% vor allem für niedrigere Einkommen vollständig über-rissen findet, argumentiert die SVP, dass sie generell alle Steuererhöhungen ablehne. Finanzdirektor Roland Heim hat zwar an die Solidarität der Kommissi-onsmitglieder appelliert. Der Staathaushalt könne nur ins Gleichgewicht ge-bracht werden, wenn die im Massnahmenplan beschlossenen zusätzlichen Einnahmen und die Ausgabenkürzungen umgesetzt würden. Alle müssten zur Opfersymmetrie beitragen. Trotzdem lehnt eine knappe Mehrheit der FIKO die Vorlage ab.

Dem Wirtschafts- und Arbeitsgesetz hat die Kommission zugestimmt. Sie hält aber an ihrem bereits gestellten Antrag fest, die finanzielle Unterstützung der Aus- und Weiterbildung im Gastgewerbe aus dem Gesetz zu streichen. Sie spricht sich dabei nicht generell gegen eine Unterstützung aus. Das Gesetz ist aber nicht der richtige Ort für eine solche Regelung. Zudem müsste für das Gewerbe überall die gleiche Regelung gelten.